

**a) Öffentlicher Auftraggeber (Vergabestelle)**

Name [Kreisverwaltung Rhein-Hunsrück-Kreis](#)  
 Straße [Ludwigstraße 3 - 5](#)  
 PLZ, Ort [55469 Simmern](#)  
 Telefon [+49 676182119](#) Fax [+49 676182111](#)  
 E-Mail [vergabestelle@rheinhunsrueck.de](mailto:vergabestelle@rheinhunsrueck.de) Internet <https://www.kreis-sim.de/>

**b) Vergabeverfahren Öffentliche Ausschreibung, VOB/A**

Vergabenummer [2023-014](#)

**c) Angaben zum elektronischen Vergabeverfahren und zur Ver- und Entschlüsselung der Unterlagen**

Zugelassene Angebotsabgabe:

elektronisch

[in Textform, mit fortgeschrittener/m elektronischer/m Signatur/Siegel, mit qualifizierter/m elektronischer/m Signatur/Siegel](#)  
[Bekanntmachungs-ID: CXS0YR3YWWZCCUXV](#)

schriftlich

**d) Art des Auftrags**

Ausführung von Bauleistungen

Planung u. Ausführung von Bauleistungen

Bauleistungen durch Dritte (Mietkauf, Investor, Leasing, Konzession)

**e) Ort der Ausführung**

[Kooperative Gesamtschule](#)  
[Schulstraße 11](#)  
[55481 Kirchberg](#)

**f) Art und Umfang der Leistung, ggf. aufgeteilt nach Losen**

Art der Leistung:	<a href="#">85 m2 Aufnahme Pflasterbelag</a>
	<a href="#">15 m3 Schottermaterial</a>
	<a href="#">50 m2 Wiedereinbau Pflasterbelag</a>
	<a href="#">16 m2 Aufnahme und Wiedereinbau einer Bitumendeckschicht</a>
	<a href="#">36 m3 Bodenaushub Einzel-, Streifenfundamente</a>
	<a href="#">27 m3 Grabenaushub und Wiedereinbau Bodenmaterial</a>
	<a href="#">25 m3 Bodenaushub und Entsorgung</a>
	<a href="#">228 Aufnahme und Entsorgung Pflanzsteine</a>
	<a href="#">100 m2 Bewuchs entfernen und Entsorgen</a>
	<a href="#">47 m2 Sauberkeitsschicht</a>
	<a href="#">1200 kg Bewehrungsstahl</a>
	<a href="#">80 m Fundamente</a>
	<a href="#">44 m3 Ortbetonfundamente</a>
	<a href="#">15 m Abwasserkanalleitung DN 100 zzgl. Bögen</a>
	<a href="#">26 m Stahlbeton-Mauerscheiben 105/65-100 cm</a>
	<a href="#">27 m Gründung von Mauerscheiben</a>
	<a href="#">20 m3 Schotter</a>
Umfang der Leistung:	<a href="#">85 m2 Aufnahme Pflasterbelag</a>
	<a href="#">15 m3 Schottermaterial</a>
	<a href="#">50 m2 Wiedereinbau Pflasterbelag</a>
	<a href="#">16 m2 Aufnahme und Wiedereinbau einer Bitumendeckschicht</a>
	<a href="#">36 m3 Bodenaushub Einzel-, Streifenfundamente</a>

27 m<sup>3</sup> Grabenaushub und Wiedereinbau Bodenmaterial  
 25 m<sup>3</sup> Bodenaushub und Entsorgung  
 228 Aufnahme und Entsorgung Pflanzsteine  
 100 m<sup>2</sup> Bewuchs entfernen und Entsorgen  
 47 m<sup>2</sup> Sauberkeitsschicht  
 1200 kg Bewehrungsstahl  
 80 m Fundamenterde  
 44 m<sup>3</sup> Ortbetonfundamente  
 15 m Abwasserkanalleitung DN 100 zzgl. Bögen  
 26 m Stahlbeton-Mauerscheiben 105/65-100 cm  
 27 m Gründung von Mauerscheiben  
 20 m<sup>3</sup> Schotter

**g) Angabe über den Zweck der baulichen Anlage oder des Auftrags, wenn auch Planungsleistungen gefordert werden**

Zweck der baulichen  
 Anlage  
 Zweck des Auftrags

**h) Aufteilung in Lose (Art und Umfang der Lose siehe Buchstabe f)**

- nein
- ja, Angebote sind möglich     nur für ein Los
- für ein oder mehrere Lose
- nur für alle Lose (alle Lose müssen angeboten werden)

**i) Ausführungsfristen**

- Beginn der Ausführung:            15.05.2023
- Fertigstellung oder Dauer der    15.12.2023  
 Leistungen:
- weitere Fristen

**j) Nebenangebote**

- zugelassen
- nur in Verbindung mit einem Hauptangebot zugelassen
- nicht zugelassen

**k) mehrere Hauptangebote**

- zugelassen
- nicht zugelassen

**l) Bereitstellung/Anforderung der Vergabeunterlagen**

Vergabeunterlagen werden nur elektronisch zur Verfügung gestellt.

Online-Plattform

"rlp.vergabekommunal"

(<https://rlp.vergabekommunal.de/Satellite/notice/CXS0YR3YWWZCCUXV/documents>)

Maßnahmen zum Schutz vertraulicher Informationen:

- Abgabe Verschwiegenheitserklärung

andere Maßnahme:

Der Zugang wird gewährt, sobald die Erfüllung der Maßnahmen belegt ist.

Nachforderung

Fehlende Unterlagen, deren Vorlage mit Angebotsabgabe gefordert war, werden

nachgefordert

teilweise nachgefordert und zwar folgende Unterlagen:

nicht nachgefordert

Auskunftserteilung über Vergabeunterlagen [27.03.2023](#)  
und Anschreiben bis

- o) Ablauf der Angebotsfrist** am [03.04.2023 um 12:30 Uhr](#)  
Ablauf der Bindefrist: am [02.05.2023](#)

**p) Adresse für elektronische Angebote**

["rlp.vergabekommunal" \(https://rlp.vergabekommunal.de/Satellite/notice/CXS0YR3YWWZCCUXV\)](https://rlp.vergabekommunal.de/Satellite/notice/CXS0YR3YWWZCCUXV)

Anschrift für schriftliche Angebote

- q) Sprache, in der die Angebote abgefasst** [Deutsch](#);  
sein müssen:

- r) Zuschlagskriterien** [Niedrigster Preis](#)

- s) Eröffnungstermin** am [03.04.2023 um 12:30 Uhr](#)

Ort [KV Rhein-Hunsrück-Kreis, Ludwigstraße 3-5 in 55469 Simmern](#)

Personen, die bei der Eröffnung anwesend sein dürfen [Frau Brand-Le Maire und Frau Keane in Vertretung Frau Doris Becker, Frau Kathrin Kölzer und Herr Mario Piroth](#)

**t) geforderte Sicherheiten**

- u) Wesentliche Finanzierungs- und Zahlungsbedingungen und/oder Hinweise auf die maßgeblichen Vorschriften, in denen sie enthalten sind** [Es gilt die VOB/B und die VOB/C in der zur Zeit gültigen Fassung.](#)

**v) Rechtsform der / Anforderung an Bietergemeinschaften**

**w) Beurteilung zur Eignung**

**Präqualifizierte Unternehmen** führen den Nachweis der Eignung durch den Eintrag in die Liste des Vereins für die Präqualifikation von Bauunternehmen e.V. (Präqualifikationsverzeichnis). Bei Einsatz von Nachunternehmern ist auf gesondertes Verlangen nachzuweisen, dass diese präqualifiziert sind oder die Voraussetzung für die Präqualifikation erfüllen.

**Nicht präqualifizierte Unternehmen** haben als vorläufigen Nachweis der Eignung mit dem Angebot das ausgefüllte Formblatt „Eigenerklärung zur Eignung“ vorzulegen. Bei Einsatz von Nachunternehmern sind auf gesondertes Verlangen die Eigenerklärungen auch für diese abzugeben. Sind die Nachunternehmer präqualifiziert, reicht die Angabe der Nummer, unter der diese in der Liste des Vereins für die Präqualifikation von Bauunternehmen e.V. (Präqualifikationsverzeichnis) geführt werden.

Gelangt das Angebot in die engere Wahl, sind die Eigenerklärungen (auch die der Nachunternehmern) auf gesondertes Verlangen durch Vorlage der in der „Eigenerklärung zur Eignung“ genannten Bescheinigungen zuständiger Stellen zu bestätigen. Bescheinigungen, die nicht in deutscher Sprache abgefasst sind, ist eine Übersetzung in die deutsche Sprache beizufügen.

Das Formblatt "Eigenerklärung zur Eignung" ist erhältlich

Online auf "rlp.vergabekommunal" (<https://rlp.vergabekommunal.de/Satellite/notice/CXS0YR3YWWZCCUXV/documents>) oder Vergabestelle, siehe a)

Darüber hinaus hat der Bieter zum Nachweis seiner Fachkunde folgende Angaben gemäß § 6a Abs. 3 VOB/A zu machen:

Mit dem Angebot vorzulegende Unterlagen

Bedingung an die Auftragsausführung

- Fakultative Ausschlussgründe § 124 GWB (mittels Eigenerklärung vorzulegen): Erklärung, dass bei dem Unternehmen keiner der unter § 124 Absatz 1 Nummer 1 bis 9 GWB genannten fakultativen Ausschlussgründe vorliegt.
- Gewährleistung von Tariftreue und Mindestentgelt (mittels Eigenerklärung vorzulegen): Eigenerklärung entweder nach § 4 Absatz 1 des rheinland-pfälzischen Landesgesetzes zur Gewährleistung von Tariftreue und Mindestentgelt bei öffentlichen Auftragsvergaben (Landestariftreuegesetz - LTTG), in seiner jeweils geltenden Fassung bei öffentlichen Aufträgen, die vom Arbeitnehmer-Entsendegesetz (AEntG) vom 20. April 2009 (BGBl. I S. 799) in der jeweils geltenden Fassung erfasst werden oder nach § 4 Absatz 2 des rheinland-pfälzischen Landesgesetzes zur Gewährleistung von Tariftreue und Mindestentgelt bei öffentlichen Auftragsvergaben (Landestariftreuegesetz - LTTG), in seiner jeweils geltenden Fassung bei allen anderen öffentlichen Auftragsvergaben, dass alle Bestimmungen des LTTG zur Kenntnis genommen wurden und eingehalten werden.  
(Alternativ z.B. durch Vorlage und Unterzeichnung der entsprechenden Erklärung 1 oder 3).
- Insolvenzverfahren (mittels Eigenerklärung vorzulegen): Erklärung, dass ein Insolvenzverfahren oder ein vergleichbares gesetzlich geregeltes Verfahren weder beantragt noch eröffnet wurde, ein Antrag auf Eröffnung nicht mangels Masse abgelehnt wurde und sich das Unternehmen nicht in Liquidation befindet. Sowie, dass kein Insolvenzplan rechtskräftig bestätigt wurde  
(Alternativ durch Vorlage und Unterzeichnung des entsprechenden Formblattes 124).
- Schwere Verfehlungen VOB (mittels Eigenerklärung vorzulegen): Erklärung, dass nachweislich keine schweren Verfehlungen gemäß § 6 Absatz 2 Nummer 7 VOB/A (§ 6e VOB/A - EU) begangen wurden, die die Zuverlässigkeit als Bewerber infrage stellen. Diese beziehen sich insbesondere auf Verstöße gemäß § 21 Absatz 1 Satz 1 oder 2 SchwarzArbG, § 21 Absatz 1 AEntG oder § 19 Absatz 1 MiLoG  
(Alternativ durch Vorlage und Unterzeichnung des entsprechenden Formblattes 124).
- Zahlung von Steuern und Abgaben (mittels Eigenerklärung vorzulegen): Erklärung, dass der Bieter seinen gesetzlichen Pflichten zur Zahlung der Steuern und Abgaben sowie der Beiträge zur gesetzlichen Sozialversicherung nachkommt  
(Alternativ durch Vorlage und Unterzeichnung des entsprechenden Formblattes 124).
- Zwingende Ausschlussgründe § 123 GWB (mittels Eigenerklärung vorzulegen): Erklärung, dass keine Person deren Verhalten nach § 123 Absatz 3 GWB dem Unternehmen zuzurechnen ist, rechtskräftig verurteilt oder gegen das Unternehmen eine Geldbuße nach § 30 des Gesetzes über Ordnungswidrigkeiten rechtskräftig festgesetzt worden ist wegen einer Straftat nach § 123 Absatz 1 GWB

(Alternativ durch Vorlage und Unterzeichnung des entsprechenden Formblattes 124).

#### Wirtschaftliche und finanzielle Leistungsfähigkeit

- Berufs- oder Betriebshaftpflichtversicherung (mittels Eigenerklärung vorzulegen):  
Eigenerklärung, dass eine Berufs- oder Betriebshaftpflichtversicherung mit den vereinbarten Deckungssummen vorliegt. Nachweis kann auch durch die Vorlage der Versicherungspolice in Kopie erfolgen.

#### Sonstige Bedingungen

##### Vertragsstrafe LTTG:

Um die Einhaltung der Verpflichtungen nach den §§ 3 bis 6 LTTG zu sichern, wird für jeden schuldhaften Verstoß eine Vertragsstrafe in Höhe von 1 % des Auftragswertes vereinbart; bei mehreren Verstößen darf die Summe der Vertragsstrafen 10 % des Auftragswertes nicht überschreiten. Das beauftragte Unternehmen ist zur Zahlung der Vertragsstrafe auch für den Fall verpflichtet, wenn der Verstoß durch ein Nachunternehmen begangen wird und das beauftragte Unternehmen den Verstoß kannte oder kennen muss.

Ist die Vertragsstrafe unverhältnismäßig hoch, so kann sie von dem öffentlichen Auftraggeber auf Antrag des beauftragten Unternehmens auf den angemessenen Betrag herabgesetzt werden. Dieser kann beim Dreifachen des Betrages liegen, den der Auftragnehmer durch den Verstoß gegen die Tariftreuepflicht eingespart hat.

Es wird vereinbart, dass bei mindestens grob fahrlässiger und oder erheblicher Nichterfüllung einer Verpflichtung nach den §§ 3 bis 6 LTTG durch das beauftragte Unternehmen der öffentliche Auftraggeber zur fristlosen Kündigung aus wichtigem Grund berechtigt ist.

Der öffentliche Auftraggeber ist berechtigt, dass beauftragte Unternehmen oder ein Nachunternehmen bei mindestens grob fahrlässig oder mehrfachen Verstößen gegen Verpflichtungen des LTTG für die Dauer von drei Jahren von seinen öffentlichen Auftragsvergaben ausschließen.

#### x) Nachprüfung behaupteter Verstöße

Nachprüfungsstelle (§ 21 VOB/A)

Name **Aufsichts- und Dienstleistungsdirektion**

Straße **Willy-Brandt-Platz 3**

PLZ, Ort **54290 Trier**

Telefon

Fax

E-Mail

Internet

#### Sonstige Informationen für Bieter/Bewerber

Es gilt die VOB A/B/C in der zur Zeit der Auftragserteilung gültigen Fassung.

##### Vertragsstrafe LTTG:

Um die Einhaltung der Verpflichtungen nach den §§ 3 bis 6 LTTG zu sichern, wird für jeden schuldhaften Verstoß eine Vertragsstrafe in Höhe von 1 % des Auftragswertes vereinbart; bei mehreren Verstößen darf die Summe der Vertragsstrafen 10 % des Auftragswertes nicht überschreiten. Das beauftragte Unternehmen ist zur Zahlung der Vertragsstrafe auch für den Fall verpflichtet, wenn der Verstoß durch ein Nachunternehmen begangen wird und das beauftragte Unternehmen den Verstoß kannte oder kennen muss.

Ist die Vertragsstrafe unverhältnismäßig hoch, so kann sie von dem öffentlichen Auftraggeber auf Antrag des beauftragten Unternehmens auf den angemessenen Betrag herabgesetzt werden. Dieser kann beim Dreifachen des Betrages liegen, den der Auftragnehmer durch den Verstoß gegen die Tariftreuepflicht eingespart hat.

Es wird vereinbart, dass bei mindestens grob fahrlässiger und oder erheblicher Nichterfüllung einer Verpflichtung nach den §§ 3 bis 6 LTTG durch das beauftragte Unternehmen der öffentliche Auftraggeber zur fristlosen Kündigung aus wichtigem Grund berechtigt ist.

Der öffentliche Auftraggeber ist berechtigt, dass beauftragte Unternehmen oder ein Nachunternehmen bei mindestens grob fahrlässig oder mehrfachen Verstößen gegen Verpflichtungen des LTTG für die Dauer von drei Jahren von seinen öffentlichen Auftragsvergaben ausschließen.